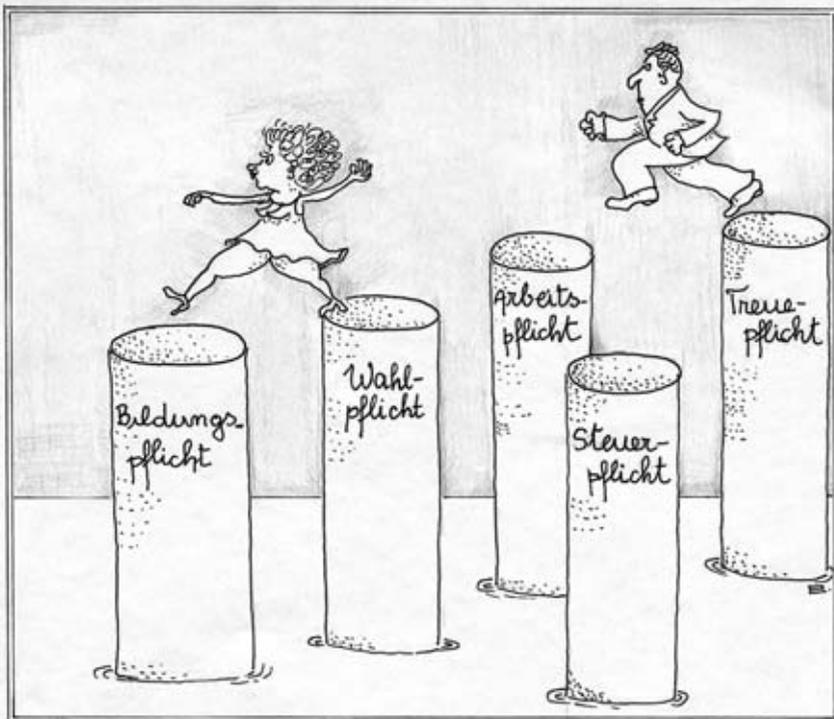


Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates

<p>Die Wurzeln des Sozialstaates liegen im Gebot der Nächstenliebe der Weltreligionen.</p>	<p>Die sozialen Grundrechte sind in den demokratischen Staatsverfassungen verankert.</p>	<p>Die ökosoziale Marktwirtschaft wird kennzeichnend für den modernen Sozialstaat.</p>	<p>Die Globalisierung der Wirtschaft gefährdet die hohen Sozial- und Umweltstandards am Beginn des 21. Jahrhunderts.</p>
--	--	--	--



Karikatur von Helmut Weber

verfasst von Heinrich Brügger

Pro und Contra zum Sozialstaat

Karl Popper

»Wenn wir vor der Aufgabe zurückschrecken, unser Kreuz zu tragen, das Kreuz der Menschlichkeit, der Vernunft und der Verantwortlichkeit, wenn wir den Mut verlieren und der Last des Kreuzes müde sind, dann müssen wir versuchen, uns zu stärken mit dem klaren Verstand der einfachen Entscheidung, die vor uns liegt. Wir können wieder zu Bestien werden.«

Vier Personen: Petra, Zeno, Irene und Tobias treffen sich abends in ihrer Stammkneipe Futuris und geraten im Laufe ihrer Unterhaltung in einen heftigen Disput über die Sinnhaftigkeit der hohen Sozialstandards in Westeuropa. Gemeinsam untersuchen sie die hohen Sozialbeiträge auf ihren Lohnstreifen. Dabei ergeben sich die folgenden Meinungen, die in gekürzter Form wiedergegeben werden.

Zeno: *Ich meine, der Abzug der monatlichen Sozialbeiträge in Höhe von zirka 43 Prozent meines Bruttolohnes ist nichts als ein Raubzug. Wenn ich könnte, würde ich sofort aus diesem Zwangssystem der öffentlichen Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung aussteigen und mich privat versichern.*

Irene: *So egozentrisch darfst du dich nicht verhalten. Mithilfe der Sozialbeiträge werden das soziale Netz und der Generationenvertrag im Rentensektor finanziert, die jeden von uns auffangen, wenn wir erkranken, einen Unfall erleiden oder im Alter in Rente gehen wollen.*

Petra: *Diese soziale Abfederung könnten aber private Versicherungsträger viel kostengünstiger anbieten. Die gegenwärtigen öffentlichen Versicherungsträger sind schwerfällig, da sie einen hohen Anteil unserer schwer verdienten Sozialbeiträge mit ihrem aufgeblähten Verwaltungsapparat aufzehren.*

Tobias: *Die Wahrheit liegt wie immer in der Mitte der verschiedenen Auffassungen. Die Sozialbeiträge der Erwerbstätigen sind auch deshalb hoch, weil jeder von uns vier auch für jene Personen mitzahlt, die aus den verschiedensten Gründen nicht im Erwerbsleben stehen. Das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben würde sehr schnell zusammenbrechen, wenn wir diese Mitverantwortlichkeit für die Schwachen in der Gesellschaft aufkündigen.*

Zeno: *Du sprichst bereits so salbungsvoll wie die Vertreter der Gewerkschaften. Ich bin durchaus bereit, einen kleinen Bruchteil meines Bruttolohns für die schwächsten Mitbürger der Gesellschaft zu »opfern«, aber ich will heraus aus dieser öffentlichen Rentenpflichtversicherung, die jeden Monat 33 Prozent meines Bruttolohns fordert. Ich will nicht vierzig Jahre in diesen sozialen Pensionstopf einzahlen, wenn kein verantwortlicher Politiker eine glaubwürdige Vorausschau über die Rentensituation im Jahr 2045 abgeben kann. Ich will mich selbstverantwortlich gegen die Wechselfälle des Lebens absichern.*

Petra: *Ich teile die begründeten Bedenken von Zeno, da ich befürchte, dass die globalisierte Wirtschaft die hohen Sozialstandards in Westeuropa in den nächsten Jahren stark gefährdet wird. Die Lenker der globalen Kapitalströme drücken gegenwärtig das Lohnniveau nach unten, um die Gewinne zu erhöhen. Nur satte Gewinne können große und kleine Aktionäre bei Laune halten. Die Börsenkurven reagieren drastisch auf Gewinneinbußen, wie wir täglich feststellen können. Das internationale Investitionskapital meidet Länder mit hohen sozialen Belastungen bei Löhnen und Gewinnen.*

Irene: *Da dieser weltweite Wettstreit um Jobs und Löhne viele Arbeitsplätze in Westeuropa beseitigen wird, brauchen die Verlierer das soziale Netz. Die demokratische Kultur fordert von uns, für die Verlierer der Globalisierung einzustehen.*

Tobias: Ich betrachte den Sozialstaat als eine Art Absicherung gegen die unkalkulierbare politische Sprengkraft der wachsenden Arbeitslosigkeit infolge der Globalisierung. Es ist selbstverständlich, dass der Sozialstaat durch eine Schlankheitskur fit für die Zukunft gemacht werden soll.

Irene: Wenn die Menschen wieder lernen, mehr Eigenverantwortung für ihr privates und berufliches Fortkommen zu tragen, dann können die Kosten des Sozialstaates auf ein erträgliches Maß für Selbstständige und Lohnempfänger gesenkt werden. Ich glaube aber, dass dieser Lernprozess sehr behutsam erfolgen muss.

Zeno: Ich beurteile den heutigen Sozialstaat in Italien, insbesondere in Südtirol, als kurzfristig nicht reformierbar, weil ein einschneidender Umbau ein politisches Erdbeben auslösen würde. Deshalb werden auf der Grundlage einer »kreativen Buchführung«, die uns bereits ins Euroland befördert hat, nur kosmetische Verschiebungen im Sozialhaushalt, von einem Haushaltskapitel zum anderen, gemacht. Langfristig wird der wachsende Anteil der selbstständig Erwerbstätigen in der Welt des Internets eine spürbare Senkung der Sozialstandards erzwingen, da dieser Multimedienbereich die Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts wird.

1 Die Entstehung des Sozialstaates

Franklin Delano Roosevelt

»Unsere demokratische Kultur wächst, wenn wir bereit sind, für die Schwachen, Gedemütigten und Armen in der Gesellschaft einzutreten.«

Hilfsmaßnahmen für Menschen in Not hat es zu allen Zeiten gegeben. Die verschiedenen Weltreligionen wie Christentum, Judentum, Islam, Buddhismus usw. haben als grundlegende Verhaltensregel die tätige Nächstenliebe. In Klöstern und Hospizen der Gemeinden wurden zur Linderung der größten Not Kranke gepflegt und Armenspeisungen durchgeführt. Armut wurde als »gottgegeben« empfunden. Die **Zünfte, Gilden und Gesellenbruderschaften im Mittelalter** forderten von ihren Mitgliedern kleine Beiträge, um damit in Not geratene Angehörige ihres Berufsstandes unterstützen zu können. Diese soziale Selbsthilfe mit versicherungsmäßigem Charakter kann als einer der ersten Ansätze der heutigen öffentlichen sozialen Einrichtungen angesehen werden.

Im Zuge der Industrialisierung waren die einzelnen Staaten gegen Ende des 19. Jahrhunderts, infolge der wachsenden Not vieler Erwerbstätiger, gezwungen, öffentliche Sozialversicherungen ins Leben zu rufen, um bei Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und im Alter ein Mindestmaß an Hilfe zu sichern. Das bisher teilweise wirksame System der Hilfe in Notfällen, im Rahmen der **bäuerlich-ländlichen Großfamilie**, war nämlich durch die massive Abwanderung der Landbevölkerung hin zu den Industriezentren in eine Krise geraten. Die Großfamilie als Lebens- und Produktionsgemeinschaft war in Südtirol vor allem in den geschlossenen Höfen bis zirka 1970 ein effizientes Sozialsystem. Ein besonders sichtbares Zeichen dafür ist das Zuhause neben dem Bauernhof (das sogenannte Austragshäuslein), in dem die Großeltern untergebracht wurden, die Anspruch auf Naturalien (Brot, Milch, Butter usw.) hatten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Sozialpolitik in den westlichen Industrienationen ein wesentlicher Aufgabenbereich der demokratisch gewählten Regierungen. Der heutige soziale Rechtsstaat nimmt dem Bürger die Selbstverantwortung für das private und berufliche Wohlergehen nicht ab, aber er leistet Hilfe bei den verschiedenen Wechselfällen des Lebens, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und im Alter. Mit der Einzahlung der Sozialabgaben erwirbt jeder Erwerbstätige einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen durch die öffentliche Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung. Dieses **Prinzip der Vorsorge** wird in den Demokratien durch das **Prinzip der Fürsorge** ergänzt. Die soziale Sicherheit der Bürger, die nicht im Erwerbsleben stehen, wird gemäß dem Prinzip der Fürsorge mithilfe von Steuermitteln garantiert.



Bauernhof mit Zuhause im Schnalstal

Merke: Die Erwerbstätigen finanzieren mit ihren Sozialbeiträgen und Steuern den Sozialstaat als Rückgrat der Demokratie.



1. Erstellen Sie in Stichwörtern eine Übersicht über die angesprochenen Probleme und führen Sie ein Pro-und-Kontra-Gespräch zum Sozialstaat.
2. In früheren Jahrhunderten erbrachte die Großfamilie als Lebens- und Produktionsgemeinschaft viele Sozialleistungen, die heute die öffentliche Hand übernommen hat.
 - 2.1 Sind Sie bereit, finanziell und durch persönlichen Einsatz für den Unterhalt und die Pflege ihrer Eltern oder Großeltern zu sorgen?
 - 2.2 Besprechen Sie mit Ihren Eltern oder Großeltern derartige Lebenssituationen und berichten Sie über diesen Meinungsaustausch.
3. Die kostenlose Nachbarschaftshilfe und die Hilfe von Freiwilligen (Volontariat) sind gelebte Solidarität mit Menschen in einer Notsituation.
 - 3.1 Welchen Stellenwert hat das Volontariat in Ihrer Heimatgemeinde? Berichten Sie darüber.
 - 3.2 Sind Sie bereit, als Einzelperson oder integriert in einem Verein, Volontariatsarbeit zu leisten? Welche Tätigkeitsfelder würden Sie auswählen?
4. Teilen Sie die Auffassung, dass ein umfassendes Sozialsystem wie es in Südtirol existiert, manche Menschen dazu verleitet, weniger Anstrengungen für das eigene berufliche und private Fortkommen zu unternehmen? Begründen Sie Ihre Meinung durch Pro-und-Kontra-Argumente.
5. In welchen Situationen sollten Ihrer Meinung nach Menschen Hilfe von der öffentlichen Hand beanspruchen können?
6. Würde ein drastischer Sozialabbau das friedliche Zusammenleben der drei Sprachgruppen in Südtirol gefährden? Begründen Sie Ihre Meinung.
7. Vor hundert Jahren waren in Westeuropa 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Gegenwärtig arbeiten zwei Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft und sichern die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Überlegen Sie, welche Auswirkungen diese Verlagerung der Erwerbstätigen vom primären Wirtschaftsbereich in den sekundären und tertiären Wirtschaftsbereich hatte? Begründen Sie Ihre Meinung.
8. Mahatma Gandhi hat mit seinem Konzept des zivilen Ungehorsams den Übergang Indiens von der britischen Kolonie zur größten Demokratie der Welt begleitet. Dabei hat er seine Aufmerksamkeit vor allem auf die folgenden sozialen »Sünden« der Gesellschaft gelenkt:
Reichtum ohne Arbeit,
Geschäfte ohne Moral,
Genuss ohne Gewissen,
Wissenschaft ohne Menschlichkeit,
Politik ohne Prinzipien.
Gefährden die genannten sozialen »Sünden« Ihrer Einschätzung nach auch gegenwärtig den Sozialstaat und seine demokratischen Grundlagen? Begründen Sie Ihre Meinung.

2 Wesensmerkmale des Sozialstaates

Adam Smith

»Der bedauernswerte Arbeiter, der gewissermaßen das ganze Gebäude der menschlichen Gesellschaft auf seinen Schultern trägt, steht in der untersten Schicht dieser Gesellschaft. Keine Gesellschaft kann ungefährdet bleiben und glücklich sein, wenn der weitaus größere Teil ihrer Mitglieder arm und erbärmlich ist.«

Soziale Grundrechte
haben Verfassungsrang

Ökosoziale
Marktwirtschaft als
Wirtschaftsverfassung



Bildungs- und
Arbeitspflicht
des EU-Bürgers

Schutz der
Erwerbstätigen
bei Krankheit,
Arbeitsunfall usw.

Zeichnung von Helmut Weber

2.1 Übersicht über die sozialen Grundrechte

Artikel 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) in der Fassung des Vertrages von Amsterdam von 1997:

»Aufgabe der Gemeinschaft (der EU) ist es, in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserungen der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.«

Grundrecht auf Arbeit und Arbeitsschutz

Grundrecht auf einen gerechten Lohn

Grundrecht auf Unterhalt und Fürsorge

Grundrecht auf Gesundheit

Grundrecht auf eine gesunde Umwelt

Grundrecht auf den Schutz von Ehe und Familie

Grundrecht auf Erziehung, Ausbildung und Unterhalt der Kinder

Recht auf Entwicklung

Recht auf Schutz vor Hunger

Recht auf Beseitigung menschenunwürdiger Lebensbedingungen



1. Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: »Das herrschende Sozialsystem benachteiligt all jene, die hohe Sozialabgaben und Steuern zahlen müssen und bei der Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheits- und Sozialdienstes wegen ihres Einkommens noch einmal in Form der Selbstkostenbeteiligung zur Kasse gebeten werden.«?
2. Eröffnet der globale Gütertausch ohne Handelsschranken neue Wege zur Beseitigung der Armut in der Dritten Welt?
3. Wie beurteilen Sie die folgende Meinung: »Ich bin bereit, gerade so viel für die Gemeinschaft zu leisten, wie diese für mich leistet.« Begründen Sie Ihre Stellungnahme.
4. In den Supermärkten werden viele Konsumartikel angeboten, die aus diktatorisch regierten Ländern der Dritten Welt stammen, wo die Arbeitnehmer meistens ausbeuterischen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. Die multinationalen Unternehmen, die diese Konsumartikel auf westlichen Märkten anbieten, unterstützen häufig diese diktatorischen Regimes.
 - 4.1 Sind Sie als Konsumentin bereit, einen ganz persönlichen Käuferboykott gegenüber derartigen Konsumartikeln durchzuführen, da Ihnen demokratische Lebensverhältnisse und der sozialstaatliche Schutz des Arbeitnehmers Herzensanliegen sind, die vor dem verlockenden Preis nicht in die Knie gehen?
 - 4.2 Sind solche Einzelaktionen hilfreich für die Entwicklung des Arbeitnehmerschutzes in den genannten Ländern oder nur eine Beruhigung des eigenen sozialen Gewissens?



5. Nach einer Untersuchung von Prof. Antonio Martino hat in den letzten drei Jahrzehnten jeder Erwerbstätige jedes Jahr länger für die öffentliche Hand gearbeitet.
- 5.1 Wie beurteilen Sie die Situation, dass der Fiskus gegenwärtig mehr als die Hälfte des Jahreseinkommens der Erwerbstätigen auffrisst?
- 5.2 Werden sich die Erwerbstätigen nach Ihrer Auffassung weiterhin abrackern, um »dem Staat zu geben, was des Staates ist«, oder werden Bürgerinitiativen mit Steuerstreiks dem Staat wieder mehr Ehrfurcht und Respekt vor der Arbeit des einzelnen Bürgers beibringen?

2.2 Allgemeine Kennzeichen der sozialen Grundrechte

- ➔ Die sozialen Grundrechte sind **Teilhaberrechte** oder Anspruchsrechte, die auf der Grundlage des Prinzips der **Sozialstaatlichkeit** der Verfassung den Bürger berechtigen, einen Anteil an den Staatsleistungen zu fordern. In einer sozial ausgestalteten Marktwirtschaft muss die Verteilung des Volkseinkommens auf der Grundlage des Leistungsprinzips (sogenannte Primärverteilung) durch Transferzahlungen der öffentlichen Hand an einkommensschwache private Haushalte und Personen korrigiert werden (sogenannte Sekundärverteilung).
- ➔ Das Schlagwort der Französischen Revolution »**Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit**« enthält im Begriff der Brüderlichkeit die Forderung der Solidarität der Gemeinschaft mit den Schwachen und gilt in diesem Sinn als ein aufschlussreicher historischer Bezugspunkt für die sozialen Grundrechte.



Zeichnung von Helmut Weber

- ➡ Dank dem sogenannten »europäischen Sozialmodell« sind die Menschen in der EU nicht dem »freien Spiel der Marktkräfte« ausgeliefert. Ganz im Gegenteil: Sie können auf eines der besten sozialen Sicherungsnetze der Welt zählen. Die EU ist fest davon überzeugt, dass für mehr Produktivität und Wachstum zwar ein starker Wettbewerb zwischen den Unternehmen erforderlich ist, aber dass eine starke Solidarität zwischen den Bürgern gleichermaßen wichtig ist, wenn man soziale Stabilität und einen Wohlstand sichern will, an dem möglichst viele Menschen teilhaben. Die europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik wird nicht von der EU im Alleingang betrieben und liegt auch nicht in ihrer alleinigen Verantwortung. Sozialpolitik ist eine Kernaufgabe der Mitgliedsstaaten. Europäisch werden nach dem **Subsidiaritätsprinzip** nur solche Angelegenheiten geregelt, bei denen eine gemeinschaftliche Lösung sinnvoller ist. Die EU hat bislang nur Mindeststandards und Mindestrechte festgelegt. Die Mitgliedsstaaten können also über die europäischen Sozialvorschriften hinausgehende Regelungen treffen.

- ➡ Die sozialen Grundrechte sind, wie bereits erwähnt, charakteristisch für die **ökosoziale Marktwirtschaft**, die als eine Art Wirtschaftsverfassung des westlichen Demokratiemodells gilt. Allerdings stoßen auch in einer sozial ausgestalteten Marktwirtschaft die sozialen Grundrechte auf die natürlichen Grenzen des Marktgesetzes von Angebot und Nachfrage. Zu dirigistische Eingriffe in den Markt beeinträchtigen die »**unsichtbare Hand**« (Adam Smith) und führen zu den bekannten Erscheinungsformen wie Versorgungsengpässen bei lebensnotwendigen Gütern und Verlust der Wettbewerbsfähigkeit von manchen Wirtschaftszweigen.
»Ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität müssen in die Politiken der EU einbezogen und nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.«¹

- ➡ Mit dem Ausbau der sozialen Grundrechte in den letzten Jahrzehnten wurde nicht eine marxistische klassenlose Gesellschaft angestrebt, sondern soziale Gerechtigkeit und eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung als Garantien für die **Wahrung des inneren und äußeren Friedens** in einer Gesellschaft. Die Stabilität des Preisniveaus, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, ein stimulierender Wettbewerb sind das Gütesiegel einer sozial abgedeckten Wirtschaftsverfassung in einer lebendigen Demokratie.

- ➡ Die sozialen Grundrechte haben als »**Menschenrechte der dritten Generation**« für die Länder der Dritten Welt eine besondere Ausprägung im UN-Weltpakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966 erfahren.

Merke: Die sozialen Grundrechte in der EU garantieren, dass die Menschen nicht dem freien Spiel der Marktkräfte ausgeliefert werden.

1 Art. 37 der Charta der Grundrechte der EU

2.3 Soziale Gerechtigkeit

Joseph Joubert

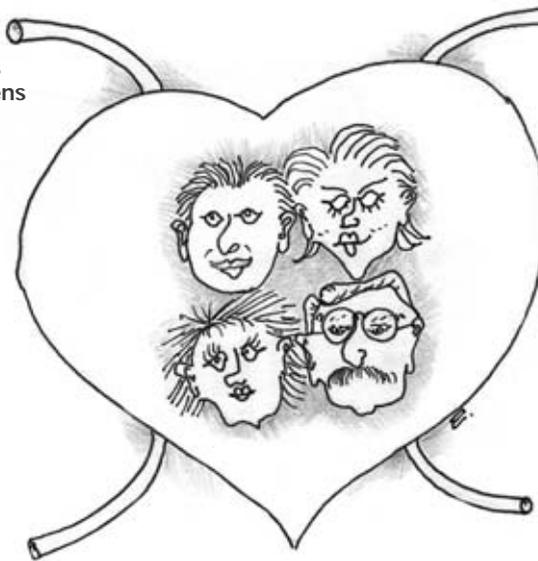
»Die soziale Gerechtigkeit ist das Recht des Schwächeren.«

Es gehört zur hohen Regierungskunst in einer Demokratie, ein gesellschaftliches Klima der sozialen Gerechtigkeit herzustellen. Die Regierenden sollten sich dabei von der folgenden Aussage von Antoine de Saint Exupéry leiten lassen: »Man sieht nur mit dem Herzen gut.«

In der Tat ist die soziale Gerechtigkeit so etwas wie ein befriedendes und ausgleichendes Herz der Demokratie, das mit den folgenden »Arterien« arbeitet:

Verteilung der Steuerlasten auf der Grundlage des Gesamteinkommens der Bürger und Bürgerinnen

Preis- und Währungsstabilität



Ökosoziale Marktwirtschaft

Soziale Bindung des Privateigentums

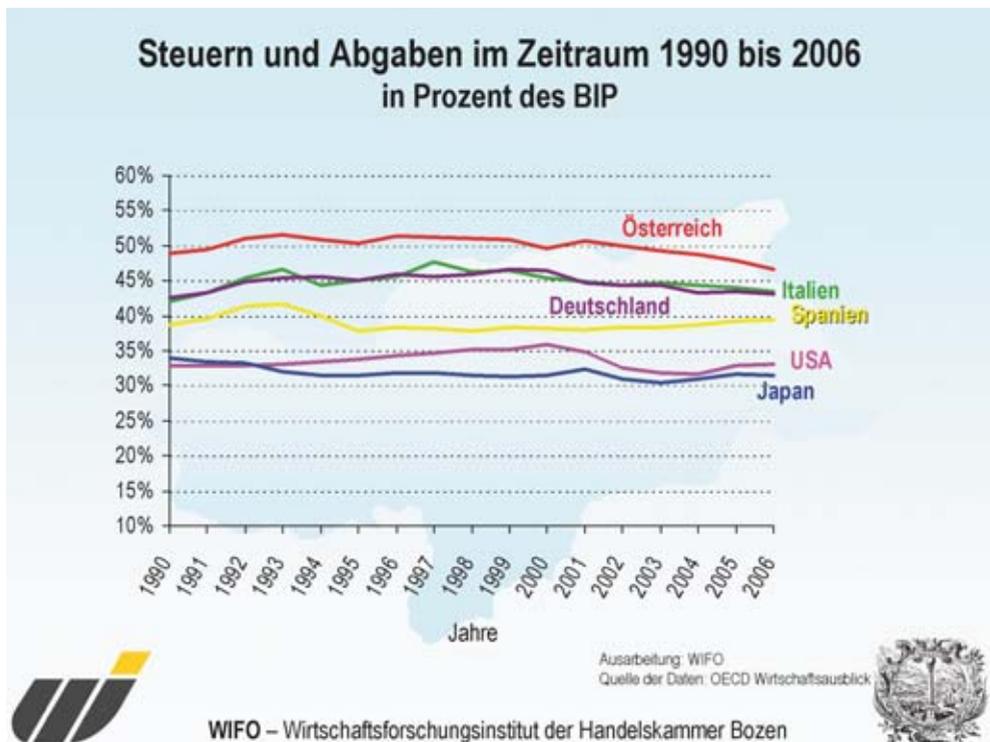
Karikatur von Helmut Weber

In einer sozial geprägten Marktwirtschaft muss die Verteilung des Volkseinkommens auf der Grundlage des **Leistungsprinzips** (sogenannte Primärverteilung) durch Transferzahlungen (soziales Mindesteinkommen, Arbeitslosenunterstützung usw.) der öffentlichen Hand an einkommensschwache private Haushalte korrigiert werden (sogenannte Sekundärverteilung).

In einer sozial geprägten Marktwirtschaft ist das **Privateigentum** rechtlich geschützt, aber es unterliegt einer sozialen Bindung. Soziale Bindung des Eigentums bedeutet, dass auch Güter, die in privaten Händen sind, dem Allgemeinwohl dienen müssen. Deshalb unterliegt das Privateigentum gesetzlich be-

stimmten Einschränkungen und kann für öffentliche Zwecke gegen eine angemessene Entschädigung enteignet werden (Art. 42 der Verfassung). Leitmotiv des wirtschaftlichen Handelns in einer ökosozialen Marktwirtschaft sollten einige Sätze des Indianerhäuptlings Seattle aus dem Jahre 1885 sein: »Die Erde gehört nicht den Menschen, der Mensch gehört zur Erde. Die Erde ist unsere Mutter. Alles ist miteinander verbunden, wie das Blut, das eine Familie miteinander verbindet. Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne und Töchter der Erde.«

Die **Einkommensteuerpflicht** auf der Grundlage des Gesamteinkommens der einzelnen Person beinhaltet den gerechten Pflichtbeitrag an der Deckung der öffentlichen Ausgaben (Art. 53 der Verfassung). Die steuerliche Belastung ist in den westeuropäischen Ländern in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen, wie aus der nachfolgenden Grafik ersichtlich wird.



Merke: Die soziale Gerechtigkeit als befriedendes und ausgleichendes Herz der Demokratie muss von der Mehrheit des Wahlvolkes verteidigt werden.



1. Wie beurteilen Sie die Enteignung von privaten Grundstücken oder Gebäuden gegen eine angemessene Entschädigung für die folgenden öffentlichen Zwecke:
 - ◇ Errichtung von Sozialwohnungen des Institutes für den geförderten Wohnbau
 - ◇ Bau von Straßen, Gehsteigen, Kinderspielplätzen, Sportzonen und Sozialeinrichtungen
 - ◇ Ansiedlung von Gewerbebetrieben
 - ◇ Errichtung von Naturparks
 - ◇ Bau einer Umgehungsstraße
 - ◇ Bau einer Mülldeponie

Begründen Sie Ihre Meinung.

2. Soll als Grundlage für die angemessene Entschädigung der enteigneten Grundstücke der effektive Marktpreis gelten oder ein sozial vertretbarer Preis?
3. Die Preis- und Währungsstabilität sind wichtige Kennzeichen von sozialer Gerechtigkeit, da dadurch die niedrigen Einkommensschichten vor willkürlichen Erhöhungen bei den lebensnotwendigen Gütern geschützt sind. Die jährliche Preissteigerungsrate (Inflation) lag in den letzten Jahren bei zirka drei Prozent und wurde bei Löhnen und Renten ausgeglichen.
Gibt es neben dieser anerkannten Inflationsrate noch eine schleichende Preissteigerung, die in Südtirol besonders bei Mieten, Wohnungspreisen, Zahnarztkosten usw. sichtbar und nicht ausgeglichen wird?
Begründen Sie Ihre Meinung.
4. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus der Grafik »Steuern und Abgaben im Zeitraum 1990 bis 2006«?
5. Die folgende Übersicht nennt die fünf reichsten Personen der Welt im Jahr 2005:

Bill Gates	USA	47,5 Mrd. Euro
Warren Buffet	USA	45,2 Mrd. Euro
Lakshmi Mittal	Indien	26,1 Mrd. Euro
Carlos Slim Helu	Mexiko	24,6 Mrd. Euro
Walid Ibn Talal Al Saud	Saudi-Arabien	24,4 Mrd. Euro

Wie hoch sollte nach Ihrem persönlichen Gerechtigkeitsempfinden der Steuersatz der Einkommensteuer für derartige Vermögenswerte sein?
Begründen Sie Ihre Meinung.

3 Die Sozialstaatlichkeit als Rückgrat der Demokratie

Helmut Schmidt²

»Von manchen unserer Kinder oder Enkel, von manchen Menschen der mittleren und jüngeren Generation hören wir, Gemeinwohl, Nächstenliebe, Solidarität, Pflichtgefühl und Verantwortungsbewusstsein seien veraltete Ideale. Jeder sei sich selbst der Nächste und das Gemeinwohl bleibe doch nur eine Floskel. Aber jeder von uns trägt Verantwortung auch für andere und auch für das Ganze.«

Sozialer Schutz ist eine Investition in die Menschenwürde.

Maßnahmen der Vorsorge und Fürsorge schaffen soziale Sicherheit.



Soziale Gerechtigkeit stiftet inneren und äußeren Frieden in der Gesellschaft.

Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft.

3.1 Sozialer Schutz ist eine Investition in die Menschenwürde

Altes Testament – Jeremia 22,13: »Wehe dem, der da baut sein Haus mit Ungerechtigkeit und seine Gemächer mit Unrecht, der seinen Nächsten ohne Entgelt arbeiten lässt und seinen Lohn ihm nicht gibt.«

Die demokratische Kultur in Westeuropa ist durch den Ausbau des Sozialstaates gewachsen und widerstandsfähig gegen die politischen Verführer der extremen Linken und Rechten geworden. Deshalb können beispielsweise die folgenden Bestimmungen des Arbeitsrechts als wertvolle Investition für die Förderung der Menschenwürde angesehen werden:

- Pflichteinstellung von Menschen mit Behinderungen in den Betrieben
- Kündigungsschutz für die Arbeitnehmer mit unbefristetem Arbeitsvertrag
- Chancengleichheit von Mann und Frau im Arbeitsleben
- Gültigkeit der Kollektivverträge für alle Arbeitnehmer
- Jugendschutz im Arbeitsrecht
- Schutz der Elternschaft
- Lohnfortzahlung und Erhaltung des Arbeitsplatzes bei Krankheit und Arbeitsunfall

² Helmut Schmidt: Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1998, S. 8 und 20

Diese Errungenschaften des Sozialschutzes im Arbeitsleben haben eine lange Entwicklungsgeschichte. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts betrug die Arbeitszeit noch zwölf bis dreizehn Stunden pro Tag und die Entlohnung reichte oft kaum zum Überleben. Die Rechtlosigkeit und Ausbeutung des damaligen Arbeitnehmers sowie die weitverbreitete Kinderarbeit waren schwere Verstöße gegen die Menschenwürde.

Das **Verbot der Kinderarbeit** und der **Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz** sind in den EU-Staaten zur Selbstverständlichkeit geworden. Der entsprechende Artikel 32 in der Charta der Grundrechte der EU lautet wie folgt:

»Kinderarbeit ist verboten. Unbeschadet günstigerer Vorschriften für Jugendliche und abgesehen von begrenzten Ausnahmen darf das Mindestalter für den Eintritt in das Arbeitsleben das Alter, in dem die Schulpflicht endet, nicht unterschreiten.

Zur Arbeit zugelassene Jugendliche müssen ihrem Alter angepasste Arbeitsbedingungen erhalten und vor wirtschaftlicher Ausbeutung und vor jeder Arbeit geschützt werden, die ihre Sicherheit, ihre Gesundheit, ihre körperliche, geistige, sittliche oder soziale Entwicklung beeinträchtigen oder ihre Erziehung gefährden könnte.«

3.2 Soziale Sicherheit durch Maßnahmen der Vorsorge und Fürsorge

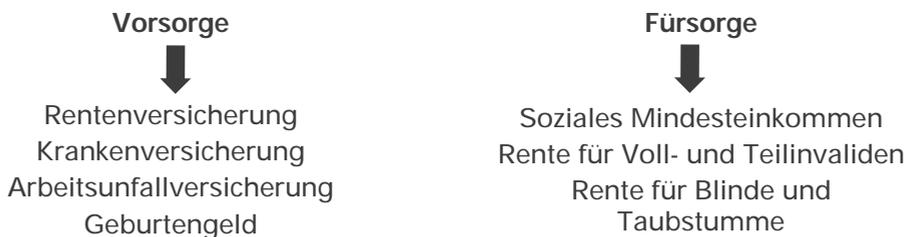
Artikel 34 der Charta der Grundrechte der EU:

»Die Union anerkennt und achtet das Recht auf Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und zu den sozialen Diensten, die in Fällen wie Mutterschaft, Krankheit, Arbeitsunfall, Pflegebedürftigkeit oder im Alter sowie bei Verlust des Arbeitsplatzes Schutz gewährleisten, nach Maßgabe des Gemeinschaftsrechtes und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.

Jede Person, die in der Union ihren rechtmäßigen Wohnsitz hat und ihren Aufenthalt rechtmäßig wechselt, hat Anspruch auf die Leistungen der sozialen Sicherheit und die sozialen Vergünstigungen nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.

Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen, nach Maßgabe des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.«

Im Vordergrund steht die Unterscheidung, welche Maßnahmen zur Vorsorge bzw. Fürsorge gehören:



Für die Inanspruchnahme der Leistungen der Vorsorge müssen vorher, und zwar für einen gesetzlich festgelegten Zeitraum, **Beiträge** eingezahlt werden. Im Gegensatz dazu werden die Leistungen der Fürsorge mit **Steuermitteln** finanziert und immer dann gewährt, wenn ein Bürger sich in einer akuten Notlage befindet oder eine Behinderung nachweisen kann.

3.3 Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft

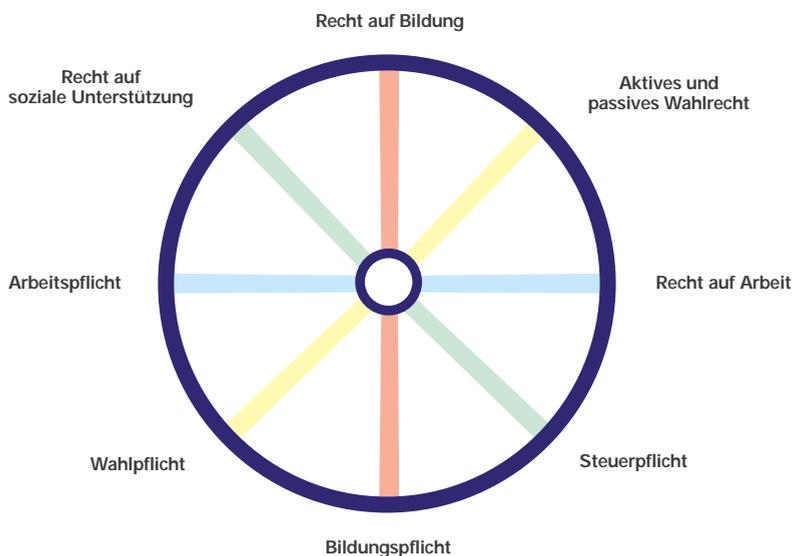
Helmut Schmidt³

»Ein soziales Pflichtjahr würde vielen Jugendlichen das Erlebnis menschlicher Not vermitteln, aber auch die Erfahrung der Mitmenschlichkeit und der Freude anderen helfen zu können. Es würde das Pflichtbewusstsein stärken, ohne dass dies sonderlich gepredigt werden müsste.«

Im Artikel 29 der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen finden wir die im öffentlichen Bewusstsein wenig bekannte Formulierung:
»Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist.«

Wir Menschen erkennen sehr schnell unsere individuellen Rechte, aber bei den Menschenpflichten zeigen wir unsere allzu menschlichen Schwächen. Der Staat schließt mit seinen Bürgern eine Art Gesellschaftsvertrag ab, der eine Reihe von Rechten und Pflichten beinhaltet, die in der italienischen Verfassung verankert sind.

Das Rad des Lebens mit seinen Rechten und Pflichten



3 Helmut Schmidt: Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1998, S. 213

Auffallend in unserer Gesellschaft ist, dass die Rechte der BürgerInnen plakativ hervorgehoben werden, während die Pflichten eher ein Schattendasein führen. Die im Jahre 2000 vom Europäischen Rat feierlich verkündete Charta der Grundrechte beinhaltet 54 Rechte, aber keine deutlich formulierten Menschenpflichten. Die Aussage in der Präambel, dass die Ausübung dieser Rechte mit Verantwortlichkeiten und Pflichten sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber der menschlichen Gemeinschaft verbunden ist, bewirkt nur eine eher vage Bewusstseinsbildung über die Menschenpflichten.

Unter der Federführung von Helmut Schmidt haben 25 ehemalige Regierungschefs aus allen Teilen der Welt eine **»Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten« als Ergänzung zur Menschenrechtserklärung** der Vereinten Nationen ausgearbeitet. Damit soll ein drohendes, schleichendes Abgleiten der Gesellschaft in soziale Kälte und schrankenlosen Egoismus vermieden werden.

Als mündige Bürger und Bürgerinnen tragen wir Verantwortung für den sozialen Rechtsstaat als Ganzes und im engeren familiären Umfeld für die Eltern, Kinder und Geschwister, sofern diese in eine Notlage geraten (Artikel 433 ZGB).

Im Sinne des häufig zitierten Prinzips der **Subsidiarität** soll die höhere Ebene (Staat und Land) nur dann eingreifen, wenn die unteren Ebenen wie Gemeinde, Familie usw. nicht ausreichend helfen können.

Wünschenswert wäre für eine Gesellschaft, wenn sie den folgenden Satz der Antrittsrede des US-Präsidenten **John F. Kennedy** (1960–1963) verinnerlichen würde: »Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann, sondern fragt, was ihr für euer Land tun könnt.«

Die Regierenden sollten die alte römische Sentenz: »Salus publica suprema lex – Gemeinwohl ist das oberste Gesetz« als Richtschnur für ihr persönliches und öffentliches Handeln verwenden.

Wenn sich die Regierenden durch den eigenen Lebensstil vorbildlich für Gemeinwohl und Gemeinwohl einsetzen, so sind sie befähigt, der wachsenden Inflation von persönlichen Ansprüchen wirkungsvoll entgegenzutreten.

Merke: Wir benötigen ein gesellschaftliches Klima, in dem die bewährten Tugenden wie Hilfsbereitschaft, Verantwortungsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn, Zivilcourage, Selbstdisziplin, Rücksichtnahme usw. wachsen können, damit wir die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern.



1. Wie beurteilen Sie die im Folgenden wiedergegebene Kritik des Sozialstaates von Hans Joachim Rieseberg:⁴
»Darüber hinaus verleitet der Wohlfahrtsstaat den Bürger immer mehr dazu, das Staatsgebilde selbst als etwas Äußeres, als etwas nicht zu ihm Gehöriges, als eine Art ›Lieben Gott‹, guten Onkel, Arzt, Kindergärtnerin oder Lehrer zu betrachten. Der Staat reduziert sich damit zu einem gesamtgesellschaftlichen Caritasverband. Die Welt ist schlecht, die Arbeitsverhältnisse unmenschlich, daran kann der Staat nichts ändern, aber er versucht durch eine soziale Gesetzgebung, durch alle möglichen Beihilfen – trotz großer Schwierigkeiten – dem Bürger die Wohlfahrt zu garantieren. Der Bürger wird zum Pflegefall des eigenen Systems. Er ist nicht mündig, sondern beglückter Konsument eines Wohlfahrtsstaates, der auch dann noch rastlos tätig ist, wenn eigentlich schon alle glücklich sein müssten. Darüber hinaus führen Wohlfahrtsstaaten zu zentralisierenden Tendenzen. In allen Wohlfahrtsstaaten wachsen die Bürokratien, steigt der Anteil der Staatsforderungen an das Einkommen der Bürger und entsteht eine immer größere Gleichgültigkeit des Bürgers gegenüber seinem Staat.«
2. In den nächsten Jahren werden, den politischen Absichtserklärungen zufolge, in den meisten Mitgliedsländern der Europäischen Union die Streitkräfte schrittweise reduziert und durch eine Berufsarmee ersetzt werden. Deshalb wird in Zukunft voraussichtlich nur mehr ein Bruchteil der jungen Menschen zum obligatorischen Wehrdienst einberufen. Wie beurteilen Sie die Planspiele einiger Abgeordneter im Europäischen Parlament, für junge Menschen, unabhängig vom Geschlecht, ein soziales Pflichtjahr einzuführen? In diesem sozialen Pflichtjahr soll der junge Mensch zivile Tapferkeit und soziales Verantwortungsbewusstsein an den Bruch- und Notstellen der Gesellschaft einüben, und zwar bei der Betreuung von alten, kranken oder behinderten Personen oder in der Entwicklungszusammenarbeit.
3. Überdenken Sie Ihre Erfahrungen aus den Praktika in den verschiedenen Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitsdienstes und geben Sie an, welche Arbeitstugenden vorbildlich und welche nur mangelhaft vorgelebt wurden. Begründen Sie Ihre Aussagen.
4. Vervollständigen Sie die folgende Gegenüberstellung von Rechten und Pflichten, nehmen Sie die italienische Verfassung und die Darstellung »Das Rad des Lebens« zu Hilfe:
 - Grundrecht auf Freiheit und Sicherheit
 - Grundrecht auf Gesundheit
 - Grundrecht auf gerechten Lohn
 - Grundrecht auf Schutz des Friedens

 - Pflicht zum Schutz der persönlichen Unversehrtheit der Mitmenschen
 - Pflicht zum Schutz der eigenen Gesundheit
 - Pflicht zur sorgfältigen Arbeitsleistung
 - Treuepflicht zur demokratischen Verfassung

4 Hans Joachim Rieseberg: Arbeit bis zum Untergang, Raben Verlag, München 1992, S. 65–67

3.4 Die Arbeitspflicht

Voltaire

»Die Arbeit hält drei große Übel fern: die Langeweile, das Laster und die Not.«

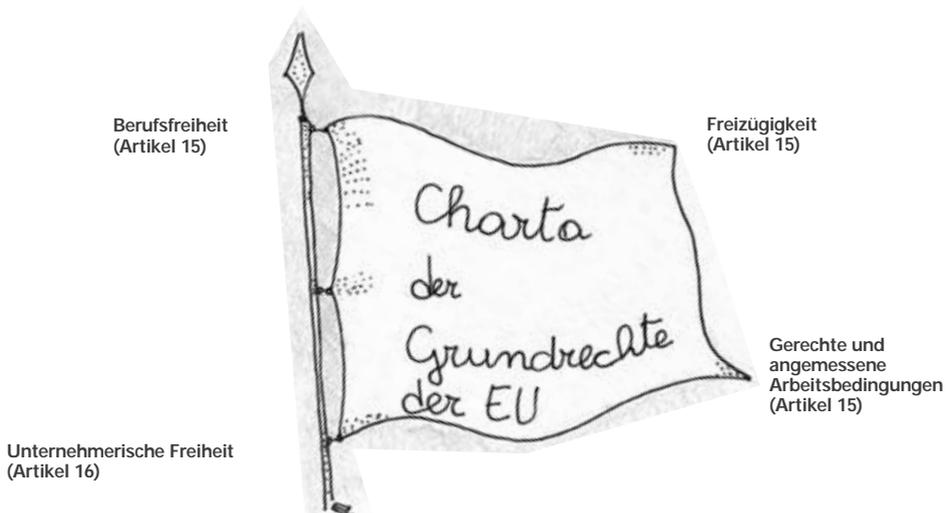
Laut allgemein anerkannter Lehrmeinung in der Volkswirtschaftslehre ist **Arbeit jede geistige und körperliche Tätigkeit des Menschen zur Erzielung von Einkommen und zur Bedarfsdeckung.**

Auch in unserer postindustriellen Gesellschaft mit dem ständig wachsenden Dienstleistungssektor wird die alltäglichste Dienstleistung der Frau in Haushalt und Familie nicht als Arbeit in volkswirtschaftlicher und sozialrechtlicher Hinsicht erfasst, da es sich nicht um Erwerbsarbeit handelt. Solange die Hausfrau für ihre gesellschaftlich so bedeutende Tätigkeit kein Entgelt erhält, hat diese Arbeit keinen Preis, und alles, was keinen Preis hat, geht nicht in das Bruttosozialprodukt ein.

Was bewegt nun die Menschen in der EU fast intuitiv eine Erwerbstätigkeit auszuüben? Wächst der Mensch über sich selbst hinaus, wenn er (kreativ) arbeitet? Liegt die Antwort auf diese Fragen im Schöpfungsbericht (Buch Genesis 2,15) »Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, damit er ihn bebaue und behüte.«?

Der Zweck der Arbeit müsste somit – gemäß der biblischen Lehre – darin bestehen, dass der **Mensch als Mitschöpfer** die Schöpfung Gottes vervollständigt und nicht die natürlichen Lebensgrundlagen durch eine rücksichtslose Ausbeutung zerstört. Allerdings kann man mit Recht einwenden, dass ein Fließbandarbeiter oder ein Hilfsarbeiter im Bausektor wenig von dieser kreativen Rolle als Mitschöpfer verspüren wird.

Die Charta der Grundrechte in der EU enthält einige ganz wesentliche Rechte für die Erwerbstätigen in den EU-Mitgliedsländern:



Was beinhaltet die **Berufsfreiheit**?

Jede Person in der EU hat das Recht zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben.

Was beinhaltet die **Freizügigkeit**?

Jede Person in der EU hat die Freiheit, in jedem Mitgliedsstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen. Er/sie muss dabei gleich behandelt werden wie die Inländer/Inländerinnen.

Was beinhaltet die **unternehmerische Freiheit**?

Die unternehmerische Freiheit wird nach dem Gemeinschaftsrecht der EU und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten anerkannt.

Was beinhalten die **gerechten und angemessenen Arbeitsbedingungen**?

Jede Arbeitnehmerin/jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen.

Merke: Wir brauchen eine **neue Kultur der Arbeit**. Arbeit, die nicht krank macht und nicht unsere Lebensgrundlagen zerstört, ist die Herausforderung. Die Rückkehr zu einer erfüllten und ganzheitlichen Arbeit, die zugleich produktive Arbeit, freie Tätigkeit, Geistesarbeit und kreativer Müßiggang ist, verlangt zweifellos eine tiefere und umfassendere Veränderung der sozialen Formen und der Organisation der Arbeit in unserer Gesellschaft als nur die Reduzierung der Arbeitszeit.



1. Teilen Sie die Auffassung einiger Zukunftsforscher, dass wir eine andere Verteilung der Arbeit im Leben des Menschen anstreben müssen? Dies bedeutet jedoch nicht, möglichst viele Menschen in die Frühpen-sionierung zu schicken, sondern beinhaltet die Einbeziehung von längeren Arbeitspausen in einem Menschenleben. Diese Arbeitspausen sollten für die eigene berufliche oder persönliche Neuorientierung, für die Pflege kranker Familienangehöriger usw. verwendet werden können. Fänden Sie es richtig, diese freiwilligen Arbeitspausen auf die spätere Altersversorgung anzurechnen und den betroffenen Erwerbs-tätigen in dieser Zeitspanne das soziale Mindesteinkommen zuzuerkennen?



2. Wie reagieren Sie als mündige Person auf Äußerungen in der Bar oder bei Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, die folgende Aussagen zum Inhalt haben: »Wenn mein Nettolohn von 950 Euro schon kaum höher ist als der finanzielle Grundbedarf des sozialen Mindesteinkommens einer dreiköpfigen Familie, dann kann ich meinen Job gleich aufgeben und mich und meine Familie von der finanziellen Sozialhilfe durchfüttern lassen. Ich rackere mich tagtäglich ab und muss zusehen, wie die Hälfte meines Bruttogehalts in den Taschen der Scheininvaliden, Babypensionisten, Politiker mit Doppelpensionen usw. verschwindet. Ich bin nicht mehr bereit, diese Auswüchse der Sozialfürsorge mit meinen Sozialbeiträgen mitzufinanzieren. Dieser Sozialstaat mit seinem undurchsichtigen Umverteilungsapparat ist eine unerträgliche Zumutung. Deshalb steige ich aus. Ich lasse mich nicht weiterhin mit angeblich legalen Mitteln ausrauben und werde mich zukünftig in der Schattenwirtschaft betätigen. Über jeden Unsinn wird eine Volksbefragung veranstaltet, nur über die Abschaffung oder wenigstens Halbierung der Sozialbeiträge herrscht Schweigen im Walde.«
3. Der bedeutendste Kritiker des Kapitalismus Karl Marx vertrat in seiner Wert- und Preistheorie die Auffassung, dass eine Ware so viel wert ist, wie Arbeit in ihr steckt. Beurteilen Sie diese Aussage aus der Sicht des Kaufpreises für ein Handy von 180 Euro auf der Grundlage der durchschnittlichen Tagesentlohnung eines Arbeiters in China (3 Euro netto) und in Italien (38 Euro netto).



Titelblatt des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel«, Nr. 34/2005

4 Die Krise des Sozialstaates Italien

Der Produktionsfaktor Arbeit ist im Vergleich zu den Produktionsfaktoren Boden und Kapital mit zu hohen Sozialabgaben und Steuern belastet.

Die Erwerbsquote Italiens von 63 Prozent ist im Vergleich zu anderen EU-Ländern zu niedrig.



Die Staatsverschuldung engt den Handlungsspielraum auf dem Sozialsektor ein.

Die niedrige Geburtenrate und der Anstieg der Lebenserwartung belasten die Rentenkassen.

Karikatur von Helmut Weber

4.1 Staatsverschuldung, hohe Sozialabgaben und Steuern beschleunigen die Krise des Sozialstaates

Giorgio Bocca

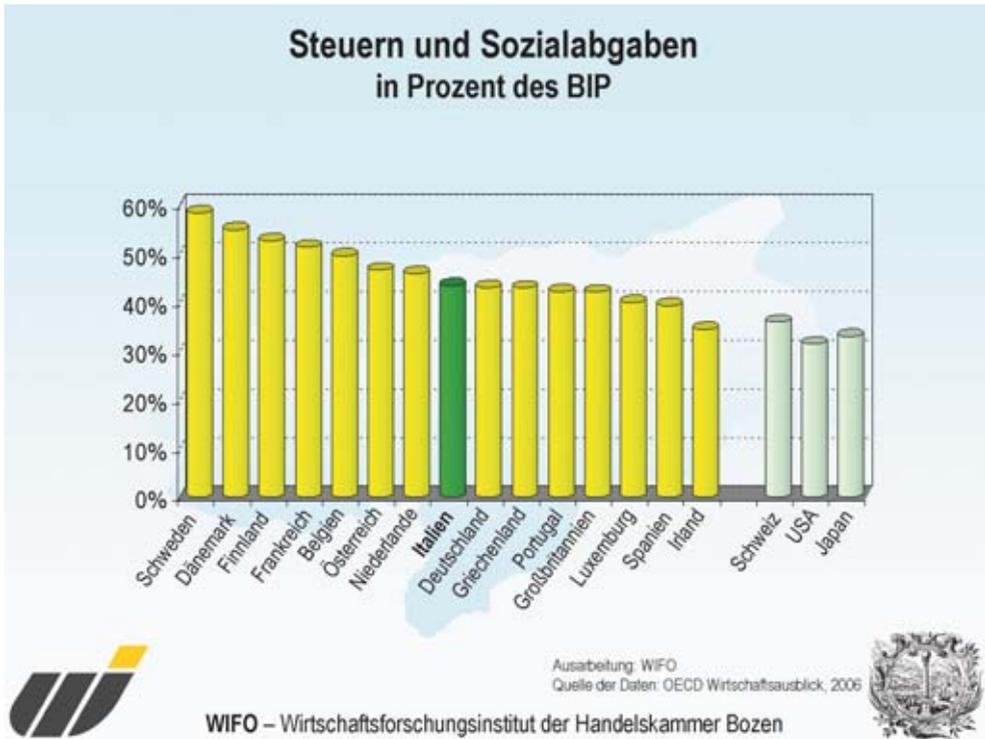
»Warum sollen die einfachen Menschen in sozialer Hinsicht genügsam und anständig sein, wenn der Staat und seine Volksvertreter das öffentliche Sparen nicht glaubwürdig vorleben?«

Das Solidaritätsprinzip als Säule des Sozialstaates wird zusehends infrage gestellt. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig und können auf den folgenden Feldern ausfindig gemacht werden.

- ➔ Die Fälle von **sozialem Missbrauch** häufen sich, da in der Gesellschaft die Mentalität der Selbstbedienung im öffentlichen Sozialladen nicht mehr als absolut unanständig gilt. Die plakative Bekanntmachung von besonders schwerwiegenden Fällen des sozialen Missbrauchs erschüttert die Glaubwürdigkeit des Sozialstaates.
- ➔ Der **Generationenvertrag** im Rentenwesen wird infrage gestellt, da eine sinkende Zahl von Erwerbstätigen eine wachsende Zahl von Personen im Ruhestand mit steigender Lebenserwartung (Frauen: 81 Jahre, Männer: 76 Jahre) erhalten muss. Es ist und bleibt unverantwortlich, der gegenwärtigen Erwerbsgesellschaft die erdrückenden Lasten der sogenannten »Babypensionen« von mehreren hunderttausend Personen aufzubürden, von denen

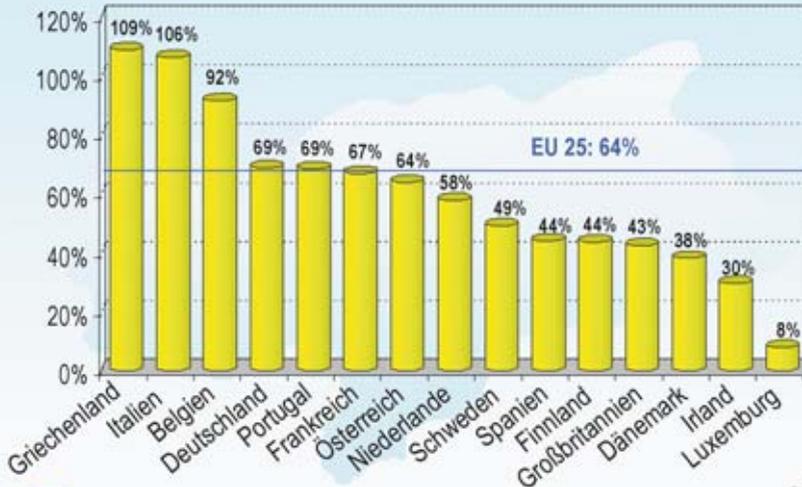
viele nur fünfzehn bis zwanzig Jahre gearbeitet haben. Die Babypension einer Person, die mit dem vierzigsten Lebensjahr in den Ruhestand getreten ist, kostet – unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Lebenserwartung – zirka 500 000 Euro.

- ➔ Das gegenwärtige Ausmaß der **Sozialabgaben** und der **Steuern** wird von vielen Erwerbstätigen zunehmend als ein zu hoher Preis für den Sozialstaat angesehen. Der Sozialstaat muss schlanker werden, damit die Sozialabgaben und die Steuern auf ein erträgliches Ausmaß gesenkt werden können.



- ➔ Die Besorgnis erregende **Staatsverschuldung** in Italien zeigt, dass der Staat mit dem Steuergeld der Bürger und Bürgerinnen nicht korrekt umgehen kann. Der Abbau dieses Schuldenbergs wird die gegenwärtige und zukünftige Erwerbsgesellschaft stark belasten, da zum Zwecke der Erhaltung der Kreditwürdigkeit und der Währungsstabilität alle Mitgliedsländer der EU im Euro-Verbund ihre Staatsverschuldung bis zum Jahr 2012 auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduzieren müssen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt die Staatsverschuldung Italiens bei 106 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
- ➔ Der Rückgang der **Geburtenrate** und der Anstieg der Lebenserwartung in allen EU-Mitgliedsländern zwingt die Regierungen zu einer Kurskorrektur im Sozialwesen. Die niedrige Geburtenrate wird nur begrenzt durch die Zuwanderung von Menschen aus Nicht-EU-Mitgliedsländern ausgeglichen. Der Generationenvertrag im Rentenwesen gerät in den nächsten Jahrzehnten in eine gefährliche Schiefelage, wie im achten Kapitel dieses Buches dargestellt wird.

Staatsverschuldung in Prozent des BIP



Ausarbeitung: WIFO
Quelle der Daten: European economy, 2005

WIFO – Wirtschaftsforschungsinstitut der Handelskammer Bozen

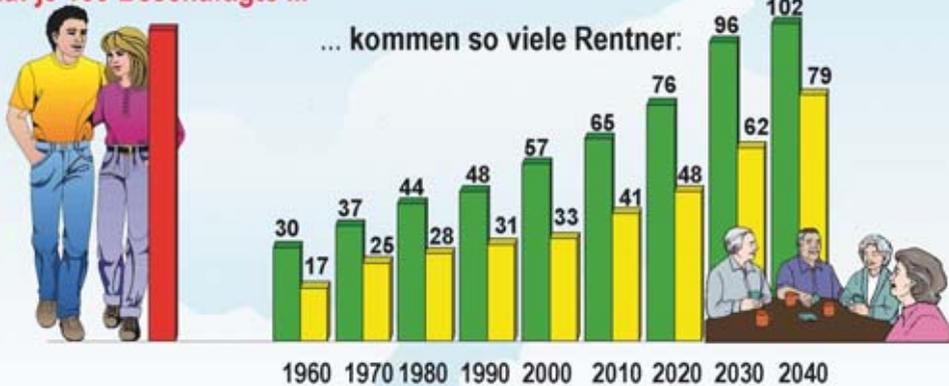


Verhältnis Rentner – Beschäftigte

■ Deutschland ■ Südtirol

Auf je 100 Beschäftigte ...

... kommen so viele Rentner:



Quellen:
WIFO – eigene Berechnungen mit ISTAT Daten
Globus für Deutschland

WIFO – Wirtschaftsforschungsinstitut der Handelskammer Bozen



Merke: Die größte Herausforderung für die Regierenden in den demokratischen Sozialstaaten liegt darin, durch rasche und kluge Reformschritte die Menschen von ihrer sozialen Anspruchsmentalität zu befreien und sie in das solare Zeitalter zu begleiten. Dieser Bewusstseinswandel kann nur gelingen, wenn die Regierenden selbst durch ihren eigenen bescheidenen Lebensstil glaubwürdig bleiben.



1. Der heutige Solidarvertrag zwischen den Generationen funktioniert so, dass die Erwerbstätigen einen Teil ihres erarbeiteten Lohns in Form von Sozialbeiträgen für den Unterhalt der Mitmenschen im Ruhestand, im Krankenstand, in der Lohnausgleichskasse usw. abgeben.
 - 1.1 Würden Sie als Volksvertreter oder als Gewerkschaftsvertreter diesen strapazierten Solidarvertrag, der auf der Zwangsmitgliedschaft des Erwerbstätigen bei den Sozialversicherungen beruht, in gesetzlicher Hinsicht beibehalten oder sich für die Abschaffung einsetzen? Nennen Sie Argumente dafür und dagegen und begründen Sie Ihre Aussage.
 - 1.2 Würden Sie sich dafür einsetzen, dass jeder Erwerbstätige die Möglichkeit erhält, sich völlig frei bei einer privaten Pensions- und Krankenversicherung zu versichern, um nur einen geringen Solidarbeitrag als Zwangsabgabe für alle nicht erwerbstätigen Personen zu entrichten?
 - 1.3 Sollte die Reduzierung der Sozialbeiträge durch eine Besteuerung von hochwertigen Maschinen ermöglicht werden?
 - 1.4 Wie beurteilen Sie die Forderung, die Reduzierung der Sozialbeiträge durch eine höhere Erbschaftsteuer zu ermöglichen bzw. auszugleichen?
 - 1.5 Wäre es sozial vertretbar, die Erben ab dem zweiten Verwandtschaftsgrad mit einer erhöhten Erbschaftsteuer zu belasten, um damit eine Reduzierung der Sozialbeiträge zu ermöglichen?
 - 1.6 Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus der Grafik: »Verhältnis Rentner – Beschäftigte«?
2. Das Hauptproblem bei der Sicherung des gegenwärtigen Rentensystems besteht darin, dass eine sinkende Zahl von Erwerbstätigen mit ihren Sozialbeiträgen eine wachsende Zahl von immer früher in Rente gehenden Personen mit hoher Lebenserwartung finanzieren muss. Welche eigenen Lösungsvorschläge würden Sie als Gewerkschaftsvertreter der Regierung unterbreiten, wenn die folgenden Maßnahmen bereits zur Diskussion stehen?
 - Verlängerung der Lebensarbeitszeit
 - Anhebung der Sozialbeiträge
 - Sondersteuer auf den Benzinverbrauch



- Kürzung aller Dienstaltersrenten, für die eine Mindestversicherungszeit von 35 Jahren nicht erbracht wurde
 - Abschaffung der Vereinbarkeit der Pension als Abgeordneter mit einer Dienstaltersrente
3. Ist das Zusammenleben zwischen den Generationen aufgrund folgender Aussagen schlechter geworden? Begründen Sie Ihre Meinung.
 - Ein Altersberg lastet schwer auf den Schultern der jüngeren Menschen.
 - Eine Rentnerschwemme unterspült die Fundamente des Sozialstaates.
 - Die Altenbombe tickt, die Wählermehrheit stellt die Kukident-Generation.
 - Die Unterhaltspflicht für die Gruftis gehört abgeschafft.
 4. »Die westliche Welt spielt verrückt.« In demografischer Hinsicht wird sie immer älter, aber sie gibt sich immer jünger.
 - 4.1 Spiegelt der »Jugendkult« in den Medien und im Alltagsleben den Ansehensverlust des Alters wider?
 - 4.2 Welchen Stellenwert haben Lebensweisheit und Erfahrung der älteren Menschen im Arbeitsleben angesichts der schnellen Veralterung von Wissen?

4.2 Die Globalisierung der Wirtschaft und der Sozialstaat

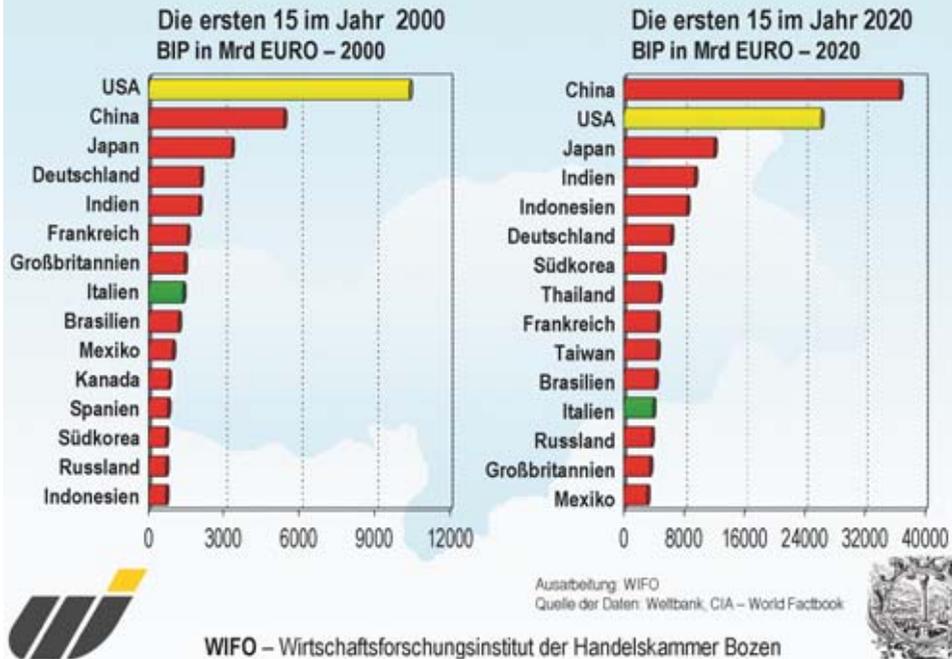
David Riccardo

»Wenn jeder mit jedem Handel treiben kann, ist der Wohlstand für alle am größten. Jeder wird dann genau das herstellen, was er im Vergleich zu seinem Handelspartner am besten und billigsten kann.«

Welche Veränderungen bewirkt die Globalisierung der Wirtschaft?

- ➡ *Die ganze Welt wird ein einziger Marktplatz, ein globales Dorf (global village), wo die Parlamente der sozial orientierten Demokratien an Macht und Einfluss verlieren, zu Gunsten der weltweit agierenden Konzerne.*
- ➡ *Die Güterproduktion erfolgt dort, wo sie am kostengünstigsten ist.*
- ➡ *Ein gnadenloser Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen Ländern, Unternehmen und Arbeitnehmern wird bis zum Jahr 2020 dazu führen, dass zu den fünfzehn größten Industrienationen Länder zählen werden, die gegenwärtig noch Dritte-Welt-Länder sind. Viele europäische Länder werden zurückfallen und dieser Umstand wird erhebliche Auswirkungen auf den Wohlfahrtsstaat in Westeuropa haben.*
- ➡ *Die westeuropäische Zivilisation, die auf dem Bündnis von Demokratie und ökosozialer Marktwirtschaft beruht, gerät durch weltweit operierende Konzerne unter Druck. Viele große Konzerne überflügeln mit ihrem Umsatz das Bruttoinlandsprodukt einzelner Staaten.*

Die große Wende 2000–2020



Die zehn größten Unternehmen (Umsatz) der Welt im Vergleich mit dem BIP Österreich



Ausarbeitung: WIFO
Quelle der Daten: Business Week, CIA – The World Factbook, 2008

WIFO – Wirtschaftsforschungsinstitut der Handelskammer Bozen

Die Regierungen vieler Länder laufen Gefahr, sich der geballten Konzernmacht dieser globalen Unternehmen zu beugen, da diese drohen, ihre Produktionsstätten in ein anderes Land zu verlegen. Die weltumspannenden Konzerne müssen akzeptieren, dass sie eine Verantwortung haben, nicht nur für das Wohlergehen ihrer eigenen Aktionäre, sondern auch für die Länder und Gesellschaften, in denen sie aktiv sind.

- ➔ Die Globalisierung der Wirtschaft ist auch als Chance für die Menschen in China, Indien, Brasilien usw. zu sehen, da sie über das weltumspannende Internet am Weltmarkt teilnehmen können. Die Überwindung der Armut in diesen Ländern würde auch dort zu höheren Umweltstandards führen und die gefährdete »Mutter Erde« könnte wieder besser durchatmen.

Merke: Die Globalisierung der Wirtschaft ist eine der härtesten Herausforderungen für die Sozialstaaten in der EU und gleichzeitig eine große Chance zur Überwindung der Armut in der Dritten Welt.



1. Die Abbildung über die »Staatsverschuldung« zeigt eindrucksvoll die Belastungen für die gegenwärtige und zukünftige Erwerbsgesellschaft in den einzelnen Ländern. Welche Sparmaßnahmen würden Sie für die Republik Italien vorschlagen? Beachten Sie dabei, dass die wesentlichen sozialen Grundrechte nicht angetastet werden.
2. Unter dem Schlagwort »Deregulierung des Arbeitsrechts« wird eine weitgehende Aufweichung der gesetzlichen Schutzvorschriften für Arbeitnehmer angestrebt.
 - 2.1 Wie beurteilen Sie die Maßnahmen, die wachsende Arbeitslosigkeit in einigen Ländern durch eine Lockerung der Schutzvorschriften in den Bereichen Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeitregelung usw. zu bekämpfen?
 - 2.2 Sind die Schutzvorschriften ein Hindernis für einen Beschäftigungszuwachs, wie manche Unternehmer und Regierende behaupten?
3. Die Regierung Großbritanniens hat unter Führung von John Major 1992 den Unionsvertrag von Maastricht als einziges EU-Mitgliedsland ohne die Sozialcharta unterzeichnet. Regierungschef John Major begründete diesen Schritt mit dem Hinweis, dass die Sozialcharta die Gestaltungsfreiheit der Unternehmen zu stark einschränke und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft Großbritanniens gefährde.
 - 3.1 Wie beurteilen Sie die Haltung Großbritanniens?
 - 3.2 Teilen Sie die Überzeugung, dass die Europäische Union nur durch einen Sozialabbau die wachsende Konkurrenz aus den asiatischen Billiglohnländern (China, Indien, Südkorea, Taiwan, Singapur usw.) bekämpfen kann?

4.3 Die Bildungspflicht

Erich Kästner

»Das Leben besteht nicht nur aus Schularbeiten: Der Mensch soll lernen, nur die Ochsen büffeln. Ich spreche aus Erfahrung. Ich war als kleiner Junge auf dem besten Wege, ein Ochse zu werden.«



Schülereltern wollen für die Ausbildung ihrer Kinder die beste Schule. Wie sieht aber nun das Profil einer guten Schule aus? Eine gute Schule zeichnet sich durch eine handlungsorientierte Lernkultur aus, die durch die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen die ganzheitliche Entwicklung der Schülerpersönlichkeit anstrebt. Zu diesen **Schlüsselqualifikationen** gehören beispielsweise:

- *Kommunikationsfähigkeit*
- *Kooperationsfähigkeit*
- *Friedens- und Kompromissfähigkeit*
- *Verantwortungsbereitschaft*
- *Fairness und Toleranz*
- *Sorgfalt in der Arbeitshaltung*
- *Denken und Urteilen in Zusammenhängen usw.*

Die **Autonomie** der Schulen hat die Überwindung der bisherigen Starrheit im Schulsystem ermöglicht. Die einzelnen Schulen können sich nun für Entwicklungstendenzen im sozialen und wirtschaftlichen Umfeld der Schule öffnen und eigenverantwortlich Entscheidungen treffen. Eine gute Schule braucht Herz und Verstand. Sie verträgt weder den Ordnungsfanatiker noch den Chaoten. Notwendig ist eine auf Vertrauen aufgebaute Kultur des mitmenschlichen Umgangs, die durch verbindliche Spielregeln und Orientierungen überzeugt. In einem derartig gestalteten, lernfördernden Schulklima wächst das Zugehörigkeitsgefühl der Schüler und Schülerinnen zur eigenen Schule, das für die Vermittlung einer berufsorientierten Grundbildung äußerst wertvoll ist.

Die **Bildungsvereinbarung**, die zwischen den jungen Menschen und der Institution Schule besteht, muss auf dem Vertragsgrundsatz der Redlichkeit (Art. 1175 ZGB) beruhen. Redlichkeit im Schulalltag bedeutet, dass den jungen Menschen bewusst gemacht wird, dass der Lernprozess – wie das spätere Arbeitsleben – nicht nur Freude und Spaß macht, sondern Mühe und Anstrengung kostet.

Die Jugendlichen müssen nach dem Erwerb des Abschlussdiploms der Mittelschule bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs entweder eine weiterführende Schule oder eine Berufsausbildung im dualen System des Landes absolvieren.

Für den Abschluss eines Lehrvertrages ist der positive Abschluss der Mittelschule erforderlich.

Merke: Die Institution Schule ist alles andere als ein Aufbewahrungsort für Kinder und Jugendliche, sie ist vielmehr entscheidend für die Erhaltung und Weiterentwicklung der zivilen Gesellschaft und ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

4.4 Mit der Bildung die Armut überwinden

Da Bildung der Schlüssel zu den kreativen Möglichkeiten des Menschen ist, muss in den weniger entwickelten Regionen der Welt eine Bildungsrevolution realisiert werden. In einer vom Überlebensinteresse diktierten Ethik der Solidarität müssen die großen Finanz- und Handelsblöcke der Welt, nämlich

- *Europäische Union,*
- *Japan, Indien und die ASEAN-Staaten,*
- *Nordamerika (USA, Kanada und Mexiko – NAFTA),*
- *China und*
- *die Erdöl produzierenden Länder (OPEC),*

die Infrastrukturen für den massiven Ausbau des Bildungssystems und für die Grundlagenforschung finanzieren. Es gilt inzwischen als Binsenweisheit, dass durch den Ausbau des Bildungs- und Erziehungssystems das Bevölkerungswachstum erheblich eingegrenzt werden kann. Gerade die aufstrebenden sogenannten Tigerstaaten Südostasiens wie Südkorea, Vietnam, Taiwan, Singapur, Malaysia, haben in jüngster Zeit durch den konsequenten Ausbau des Bildungssystems die Richtigkeit dieser Gesetzmäßigkeit nachgewiesen.

Diese Strategie einer globalen Bildungsrevolution muss mit wirksamen Sofortmaßnahmen begleitet werden, wie:

Senkung der Kindersterblichkeitsrate. Gegenwärtig sterben täglich 40.000 Kinder vor Erreichen des fünften Lebensjahres an Unterernährung und Verwahrlosung. Laut UNICEF würden weniger Kinder nachgeboren, wenn weniger Kinder sterben würden.

Sicherung der Ernährung, möglichst durch die einheimische Landwirtschaft, die durch angemessene Marktpreise und Grundlagenforschung, z. B. die Heranzüchtung von widerstandsfähigen Getreidesorten, sowie zinslose Darlehen an Kleinbauern gefördert werden muss.

Bei aller Achtung vor religiösen Überzeugungen und Traditionen muss die freiwillige Geburtenkontrolle durch finanzielle Anreize im Rahmen einer **Familienplanung** unterstützt werden. Die gesellschaftliche Rolle der Frau muss dabei stärker betont werden.

Schuldenerlass von Seiten der westlichen Länder mit der Auflage, unter Wahrung der Demokratie, einen eigenen Weg einer sozialverträglichen Wirtschaftsordnung zu suchen.

Merke: Durch eine globale Bildungsrevolution kann der Weltfrieden gesichert und der Eintritt der Menschheit in eine solare Weltdemokratie ermöglicht werden. Dafür müssen auch in den Bildungsinstitutionen der hochindustrialisierten Länder Denk- und Argumentationsweisen verändert werden. Die Richtlinie »Global denken und lokal handeln« muss in vielen Lebensbereichen – von der Umwelt bis hin zur täglichen Ernährung und Mobilität – konsequent umgesetzt werden.



1. Der Artikel 1 des Landesgesetzes Nr. 5 vom 19. März 1991 über die Entwicklungszusammenarbeit lautet. *»Das Land Südtirol erkennt den Frieden als Grundrecht der Menschen und Völker an. Es wird durch die Verwirklichung von Zielen wie Solidarität und internationale Zusammenarbeit sowie durch die uneingeschränkte Einhaltung der Menschenrechte erreicht. Im Besonderen trägt das Land bei zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, zum Schutz des menschlichen Lebens, zur Selbstversorgung, zur Bewahrung der kulturellen Identität, zur Anhebung der Bildung, zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes und der natürlichen Umwelt, zur Unterstützung eigener Bemühungen der Entwicklungsländer im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich und zur Verbesserung der Lage der Frauen und Kinder.«* Die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Haushaltsplan 2005 beliefen sich auf zirka zwei Millionen Euro.
 - 1.1 Würden Sie den Abgeordneten des Südtiroler Landtages empfehlen, die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in Anbetracht eines Landeshaushalts von zirka fünf Milliarden Euro (2006) zu erhöhen?
 - 1.2 Würden Sie dem Südtiroler Landtag die Anregung unterbreiten, die Gesamtausgaben des Landes für diesen Bereich zu erhöhen, und zwar auf der Grundlage der UN-Empfehlung an die Mitgliedsländer 0,8 Prozent des erwirtschafteten Sozialproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen?
2. Das Neue Autonomiestatut beruht neben dem Pariser Vertrag auch auf zwei UN-Resolutionen, die dank der Unterstützung vieler Staaten der Dritten Welt in den Jahren 1960 und 1961 eine Mehrheit in der UN-Vollversammlung fanden.
 - 2.1 Teilen Sie die Auffassung, dass die damalige vorbehaltlose Solidarität dieser Länder mit unserem Ringen um politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit für das heute wohlhabende Südtirol eine Verpflichtung ist für die großzügige Hilfe zur Selbsthilfe in der Dritten Welt und für eine menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen und Wanderarbeitnehmern?
3. Sind die für eine »gute Schule« ausschlaggebenden Qualifikationen auch für Ihr späteres Berufsleben im Sozial- und Gesundheitsbereich von entscheidender Bedeutung? Begründen Sie Ihre Meinung.
4. Hat Ihre Schulausbildung entscheidend zu Ihrem Identitätsfindungsprozess als mündiger und verantwortungsbewusster Mensch beigetragen? Begründen Sie Ihre Meinung.
5. Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: Die Autorität des Arztes gründet in seiner vermeintlichen Macht über die Krankheit, die der Lehrkraft zerbröckelt an ungerechten Schülerbewertungen und an mangelnder Fachkompetenz? Begründen Sie Ihre Meinung.